4/2020 | WWW.SPD-FRAKTION-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

auch wenn sich der parlamentarische Betrieb und viele Bürgerinnen und Bürger in der Sommerpause befinden, macht das Coronavirus keinen Urlaub – es ist weiterhin ein Begleiter unseres Alltags. Individuelle oder kollektive Fahrlässigkeit im Umgang mit der Pandemie wie wir es auf Mallorca oder auch in der deutschen Fleischindustrie zuletzt erlebt haben, bergen stets die Gefahr einer zweiten Infektionswelle. Lassen Sie uns dies gemeinsam verhindern und Sorge dafür tragen, dass wir alle schnellstmöglich zu einer Normalität zurückkehren können. Tragen Sie weiterhin eine Mund-Nasen-Bedeckung, halten Sie Abstände ein und beachten Sie alle geltenden Hygieneregeln. Nur, wenn wir solidarisch Rücksicht aufeinander nehmen und dem Infektionsgeschehen den Nährboden entziehen, können wir das Virus gemeinsam besiegen. Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

whanne Modder
Vorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

MEILENSTEIN IN DER BILDUNGSPOLITIK GESETZT

Von Jan-Niklas Hartge

ie Abschaffung der Kita-Gebühren, ein Meilenstein der rotschwarzen Koalition, jährt sich am 1. August 2020 zum zweiten Mal. »Mit dieser Entscheidung haben wir nicht nur zu Beginn der Wahlperiode eines der zentralsten Wahlversprechen beider Partner direkt umgesetzt, sondern allem voran unzählige Familien in unserem Bundesland massiv finanziell entlastet«, erklärt Stefan Politze, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

»Mit den Stimmen der Regierungsfraktionen von SPD und CDU wurde am 20. Juni 2018 im Niedersächsischen Landtag die Abschaffung der Kindergartengebühren zum 1. August desselben Jahres beschlossen. »Die Abschaffung der Kindergartengebühren in unserem Bundesland ist ein weiterer Meilenstein der niedersächsischen Familien- und Bildungspolitik«, erklärt der SPD-Politiker Politze weiter. »Mit dem Schritt haben wir Familien in ganz Niedersachsen um mehrere hundert Euro pro Monat entlastet - gerade in der aktuellen Corona-Krise ist dies nochmals wichtiger. Die Gebührenfreiheit leistet zudem einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit in unserem Land. Mit der Abschaffung der Kindergartengebühren sind wir einen weiteren konsequenten Schritt zur kostenfreien Bildung gegangen. Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!«

Politze hebt hervor, dass kostenlose Bildung eine Herzensangelegenheit der Sozialdemokratie sei. Bereits bei der Landtagswahl 2013 sei die SPD angetreten, um die niedersächsische Bildungspolitik gerechter zu gestalten. Erfolgreich hat man die Studiengebühren geschafft, die von CDU und FDP damals eingeführt wurden. »Mit der Abschaffung der Kindergartengebühren sind wir daher in der aktuellen Wahlperiode den folgerichtigen Schritt gegangen«, so Politze.

Gleichzeitig sei von zentraler Bedeutung, dass weiterhin in die Qualität und



einen verbesserten Personalschlüssel in den niedersächsischen Kindertagesstätten investiert wird. So sollen im Rahmen des »Gute-Kita-Gesetzes« des Bundes bis zum Jahr 2022 insgesamt rund 526 Millionen Euro nach Niedersachsen fließen. »Wir wollen nicht nur sicherstellen, dass unsere Kinder die bestmögliche Betreuung erleben, sondern auch dafür Sorge tragen, dass jedes einzelne Kind einen Kita-Platz erhält. Daher investierten wir kontinuierlich in die Schaffung weiterer Kita- und Krippenplätze!«, erklärt der Bildungspolitiker der SPD-Fraktion. ■

SCHULGELDFREIHEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT IN NIEDERSACHSEN

Zeitgleich zur Abschaffung der Kindergartengebühren hat sich die SPD-geführte Landesregierung auch für die Abschaffung von Schulgeldern für zahlreiche Berufsgruppen eingesetzt. Seit August 2018 müssen daher unter anderem angehende Erzieherinnen und Erzieher kein Geld mehr für ihre wichtige Ausbildung zahlen – ein wichtiger Schritt zu mehr

Bildungsgerechtigkeit in unserem Land. Gleichzeitig wurde auch der Einstieg in die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe geebnet. Hiervon profitieren angehende Logopäden, Podologen, Ergo- und Physiotherapeuten. Für uns steht fest: Gebühren dürfen keine Hindernisse für den Bildungserfolg darstellen!

EINHALTUNG DER MUND-NASEN-BEDECKUNG IN BUSSEN UND BAHNEN KONSEQUENT DURCHSETZEN



Wiard Siebels

Foto: SPD-Fraktion

Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Jan-Niklas Hartge, Eva Güntzel Redaktionsschluss: 20. August 2020 Redaktion: Jan-Niklas Hartge, jan.hartge@lt.niedersachsen.de Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover spd-fraktion-niedersachsen.de Layout & Satz: Anette Gilke

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen

Verantwortlich: René Kopka,

Seit Ende April ist es in Niedersachsen Pflicht, im Einzelhandel sowie in Bussen und Bahnen eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Bedauerlicherweise zeigt sich jedoch immer wieder, dass einzelne Personen im ÖPNV gänzlich auf eine Alltagsmaske verzichten und die Vorschriften bewusst missachten. Dazu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels: »Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn Fahrgäste bewusst auf das Tragen eines Mundschutzes verzichten und auf diese Weise sowohl ihre als auch die Gesundheit anderer Personen gefährden. Das Coronavirus ist noch nicht besiegt, das Infektionsgeschehen zeigt erneut steigende Zahlen, und deswegen ist die Pflicht zur Bedeckung von Mund und Nase im Einzelhandel sowie in Bussen und Bahnen absolut sinnvoll und muss weiter aufrechterhalten werden!«

Die Wirksamkeit der Alltagsmasken sei hinlänglich bestätigt, so Siebels. Er fordert daher: »Es darf kein Diskutieren mehr in Bezug auf den Mundschutz geben. Wer in öffentlichen Verkehrsmitteln beim Verzicht auf die Bedeckung erwischt wird, muss mit einer Sanktionierung rechnen. Gleichzeitig ist die Fahrt dort dann zu Ende.«

Maskenverweigerer gefährden nicht nur sich selbst, so der SPD-Politiker, sondern vor allem ihre Mitmenschen. »Gerade Personen, die zur Risikogruppe zählen, aber auf Busse und Bahnen als Verkehrsmittel angewiesen sind, sind besonders von der Rücksichtslosigkeit der Maskenverweigerer betroffen. «Diese Gruppen, ob ältere oder vorerkrankte Mitbürgerinnen und Mitbürger, begleitet ein Gefühl der Angst bei der Nutzung des ÖPNV.

»Wir sehen klar die Betreiber von Bussen und Bahnen in der Pflicht, die Einhaltung der Maskenpflicht zu kontrollieren und entsprechende Verstöße zu dokumentieren beziehungsweise die Fahrten der Passagiere ohne Masken zu beenden. Nur wenn eine Kontrolle der Maskenpflicht entsprechend sichergestellt ist, wird diese auch weiterhin konsequent befolgt«, betont Siebels. ■

Anzeige

IMPRESSUM